



Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Reichshausstr. 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschrieben 42 Pfg. Belegpreis 2,52 Mk. — Reno-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 8 Pfg., Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 238

Donnerstag, den 30. August 1934

Jahrgang 1934

Italienische Tagesfragen.

Der Abschluß der Manöver — Die Sprachenverordnung auf Malta — Die Tschechoslowakei und die Dreierpakte — Italienisch-französische Kolonialverständigung?

Von unserm römischen Korrespondenten.

▲ Rom, 27. August.

Über eine Woche lang haben die Berichte über die großen Manöver im Apennin im Raum zwischen Florenz und Bologna in allen italienischen Zeitungen den ersten Platz belegt. Nur die Begegnung von Mussolini und Schuschnigg hat sich dagegen einigermaßen behaupten können. Gleich danach ist das öffentliche Interesse wieder auf den Angriff der Blauen und die Verteidigung der Roten gerichtet worden. Es waren die größten Manöver, die nach dem Krieg in Italien veranstaltet worden sind. Sie galten einer Übung im Bewegungskrieg, und das schwierige Gelände gab interessante Gelegenheiten, die Landstreitkräfte, die Miliz und die technischen Dienste in Zusammenarbeit mit dem militärischen Flugwesen in taktischen und strategischen Aufgaben zu erproben. Mussolini, der König und zuletzt auch der Thronfolger waren täglich mitten unter den Truppen. Beim Abschluß hielt der Duce, auf einem Panzerwagen stehend, eine Ansprache an die Offiziere, deren Wortlaut man in der italienischen Presse erst heute, einige Tage nach der Verbreitung im Ausland, lesen konnte. Vielleicht ist dies das bemerkenswerteste. Es war eine höchst kriegerische Ansprache in lauten Fanfaren. Wenn man freilich näher zuhört, so enthält sie nichts, was nicht schon in den italienischen Zeitungen und Ausdrücken der letzten Wochen — namentlich mit Bezug auf die Konzentration italienischer Truppen an der Brennergrenze — oder ganz allgemein in der Ideologie und im Sprachschatz des Faschismus vorgebildet gewesen wäre. Mussolini hat nun einmal die Überzeugung, daß er Ende Juli nach dem Abzug der europäischen Friedensverträge hat, und er braucht diese Überzeugung, um seine Aktion von damals zu rechtfertigen. Dies und der allgemeine Hinweis auf die Notwendigkeit, bei der militärischen Vorbereitung den Krieg jederzeit als möglichen Ernstfall zu betrachten, war der eigentliche Kern jener Ansprache. Sie kennzeichnet die Methoden. Was die Ziele der italienischen Außenpolitik angeht, so geht man nicht irre, wenn man sich an eine andere Versicherung derselben Ansprache hält: daß niemand im gegenwärtigen Europa vorläufig den Krieg will.

★

Inzwischen ist die öffentliche Diskussion durch die Verordnung des britischen Gouverneurs von Malta, in der die italienische Sprache im Gerichtsverkehr der Insel ausgeschlossen wird, um ein sehr empfindliches Thema bereichert worden. Die Fragen, die dabei aufstehen, spielen schon seit Jahren. Malta ist britischer Besitz, aber die Italiener rechnen die Inselgruppe zu ihrer kulturellen Einflugszone. Militärische, verfassungspolitische, parteipolitische, kulturelle und religiöse Gesichtspunkte machen das Problem sehr kompliziert. Eine königlich-britannische Untersuchungskommission hat vor zwei Jahren einen klassischen Bericht darüber veröffentlicht. Aber das kann man hier beiseite lassen. Aktuell ist eine andere Überlegung. Die englische Presse hat in früheren Jahren gegenüber den italienischen Protesten in der maltesischen Sprachenfrage stets darauf hingewiesen, daß es sich in Malta um eine innerbritische Angelegenheit handele und daß England die Einmischung einer auswärtigen Macht in diesem Falle mit derselben Energie zurückweise wie Italien im Falle Südtirols. Neuerdings ließe sich dieser Vergleich auch auf die österreichische Frage in einer Weise anwenden, die sehr wesentliche Punkte der italienischen Polemik gegen Deutschland entkräften würde, — wobei die völkischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich sehr viel klarer liegen als die Beziehungen Italiens zu Malta, das von einem italienisch-arabischen Mischvolk bewohnt wird. Es ist also sicher kein Zufall, daß die italienische Presse zwar gegen die neue maltesische Sprachenverordnung scharf protestiert, aber im übrigen die Angelegenheit auch äußerlich in die zweite Reihe rückt. Es kommt hinzu, daß die italienische Außenpolitik es in den gegenwärtigen Spannungen der internationalen Lage nicht riskieren kann, durch einen Konflikt mit England ihre Position zu verschlechtern. Die Maltafrage wird also voraussichtlich, was die öffentliche Behandlung in der italienischen Presse angeht, sehr bald in der Versenkung verschwinden.

★

Im Zusammenhang mit der politischen Beurteilung der Zusammenkunft von Florenz sind zwei Nachrichten zu verzeichnen, die aufmerksame Beachtung verdienen. Die eine kommt aus Prag und hat in Wien und Rom ein breites Echo gefunden. Danach soll die Tschechoslowakei jetzt nicht abgeneigt sein, über einen Beitritt zu den römischen Dreierpakten zu verhandeln, die nach Mussolinis Plänen zur Grundlage einer wirtschaftlichen Neuordnung des Donauraumes gemacht werden sollen. In der amtlichen Mitteilung über die Besprechungen zwischen Mussolini und Schuschnigg in Florenz ist bekanntlich die Feststellung

wiederholt worden, daß die Dreierpakte erweiterungsfähig sind. Wie weit die Prager Andeutungen — mehr ist es vorläufig noch nicht — als eine positive Reaktion auf diese Feststellung zu betrachten sind, und ob sie zu konkreten Ergebnissen führen können, bleibt abzuwarten. Es heißt, daß der Wirtschaftsrat der kleinen Entente sich im September mit dieser Frage beschäftigen wird. Die politischen Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden wären, sind durch das gespannte Verhältnis zwischen Südslawen und Italien hinreichend gekennzeichnet.

★

Damit berühren auch diese Beratungen das gegenwärtige Zentralproblem der faschistischen Außenpolitik: die Gestaltung der Beziehungen zu Frankreich. Es ist bekannt, daß der französische Außenminister Barthou sich um einen Ausgleich des italienisch-französischen Gegensatzes bemüht. Der Ausgleich könnte freilich nur in einem weiten Rahmen gefunden werden. Eben deshalb ist einer weiteren Nach-

richt Interesse zu schenken, die aus Paris kommt. Der römische Korrespondent des Pariser „Journal des Débats“ will wissen, daß England und Frankreich bereit seien, dem wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang Italiens in Afrika Bestrebungen zu überlassen. Die Meldung ist auf ihre Richtigkeit nicht zu kontrollieren. Aber es ist Tatsache, daß seit geraumer Zeit zwischen Paris und Rom Verhandlungen schweben, die auf eine koloniale Verständigung in Nordafrika abzielen. Man hofft, daß bereits fertige Ergebnisse vorliegen, wenn Barthou im Herbst zu seinem Besuch in Rom eintrifft. Die Aufrollung der abessinischen Frage, auf die hier vorläufig nicht weiter eingegangen werden soll, wäre demnach als ein Netter der französisch-italienischen Verhandlungen zu verstehen. Auch als solcher ist sie wichtig genug. Denn es ist klar, daß Italien für ein französisches Entgegenkommen in Afrika nur in Europa Gegenleistungen zu bieten hätte.

Freiwillige aus der Schweiz für die Saarpolizei?

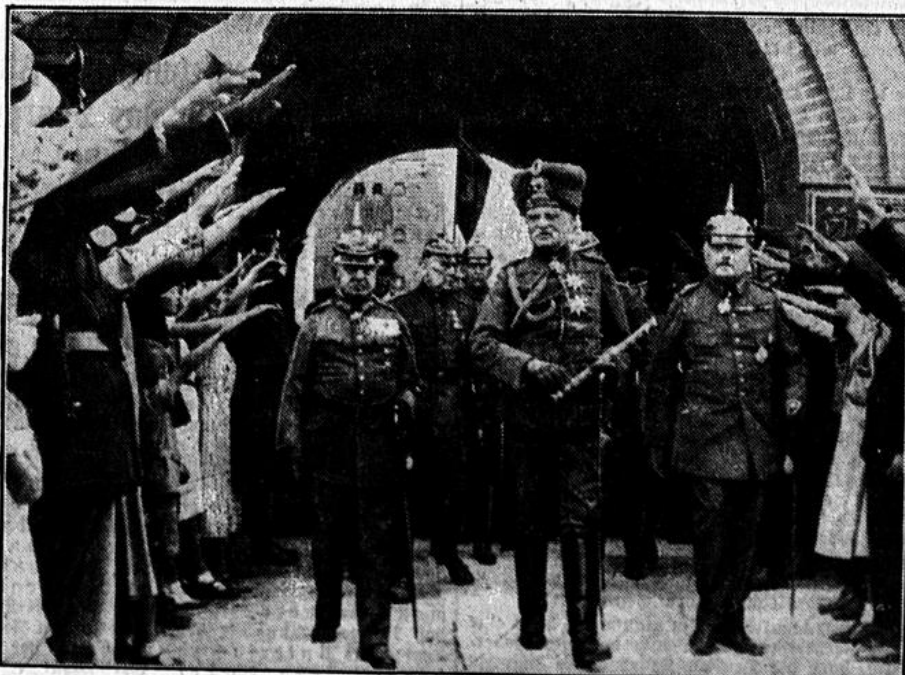
Eine eigenartige Berner Information

DNB Genf, 29. August.

„Journal de Geneve“, „La Suisse“ und „Gazette de Lausanne“ lassen sich am Mittwoch aus Bern berichten, daß eine Entsendung von schweizerischen Truppen zu Polizeizwecken ins Saargebiet nach zuverlässigen Informationen unter keinen Umständen in Frage kommen könne. Das Schweizer Militär sei nur für die Zwecke der Landesverteidigung und für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern da. Die Schweiz habe auch im übrigen keinen Eintrag in den Völkerbund Vorbehalte über die Verwendung ihrer Truppen bei internationalen Interventionen verlangt und durchgesetzt. Auf der anderen Seite, so wird in diesen gleichlautenden Meldungen weiter betont, sei die Frage der Rekrutierung von Freiwilligen in der Schweiz für die Zwecke der Saarpolizei ganz anders zu beurteilen. Hier sei die Entscheidung noch nicht gefallen. Es sei aber auch verfrüht, sich hier zu entscheiden, ehe ein offizielles Ergehen des Völkerbundes vorliegt.

Diese Berner Information geht überraschenderweise an dem Kern der Frage vorbei. Während sich die bisherigen Auseinandersetzungen in der Schweizer Presse folgerichtig nur damit befähigten, ob eine Anwerbung von Schweizer Bürgern für die Saarpolizei zweckmäßig und ratsam sei — die einzige Frage, um die es sich hier in Wirklichkeit handelt — wird hier plötzlich etwas dementiert, was überhaupt nicht in Frage steht und selbst vom dem Präsidenten der Saarregierungscommission zum mindesten offiziell nicht verlangt worden ist, nämlich die Entsendung eines geschlossenen Schweizer Truppenteils zu Ordnungszwecken ins Saargebiet. Im Saargebiet selbst würde die Bevölkerung gefühlsmäßig aber schwerlich einen Unterschied machen, ob Schweizer Bürger, die der Bevölkerung mit Befehlsgewalt und im Auftrag der Regierungskommission entgegengetreten, freiwillig angeworben sind, oder ob es sich um eine geschlossene Schweizer Truppe handelt. Fehlgänge und Zusammenstöße würden in jedem Fall der Schweiz zur Last fallen. Daß diese Überlegungen auch in der Schweiz selbst angestellt werden, haben verschiedene Pressekritiken schon deutlich gezeigt.

Gedenkstunde am Jahrestage der Tannenbergschlacht.



Der letzte Generalfeldmarschall des Weltkrieges, v. Madenjen, im Tannenbergdenkmal.

Am Dienstag, dem 20. Jahrestage der Schlacht bei Tannenberg versammelten sich im Tannenberg-Ehrenmal in Ostpreußen die Angehörigen der Korpas, die dort den Sieg errungen hatten, zu einer Gedenkstunde. Generalfeldmarschall v. Madenjen leitete bei diesem Anlaß am Grabe des Reichspräsidenten, dem der Ruhm dieses Tages gilt.

Übergangsregelung im deutsch-niederländischen Zahlungsverkehr.

DNB Berlin, 29. August.

Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist bekanntlich ein Höchstbetrag vereinbart worden, bis zu dem Einzahlungen für den Bezug von Waren aus Holland auf das bei der Reichshauptbank geführte Sonderkonto der Niederländischen Bank entgegengenommen werden. Nachdem dieser Höchstbetrag vor einigen Tagen erreicht worden war und die Verhandlungen über eine Neuverteilung anstelle des auf den 31. August 1934 getätigten bisherigen Zahlungsab-

mens noch nicht zum Abschluß gekommen sind, ist folgende Übergangsregelung vereinbart worden: Die Bestimmungen des bisherigen Zahlungsabkommens bleiben bis auf weiteres in Kraft mit der Maßgabe, daß die Einzahlungen, die infolge Erreichung des Höchstbetrages auf dem Sonderkonto von den Reichsbankanstalten nicht mehr entgegengenommen werden können, bis auf weiteres den deutschen Devisenbanken zugunsten der niederländischen Berechtigten geleistet werden dürfen. Die Reichsbank wird die Weiterleitung dieser Einzahlungen auf das Sonderkonto der Niederländischen Bank in dem Maße laufend zu lassen, als das Guthaben auf diesem Konto durch Markt-Abforderungen für Bezahlung deutscher Ausfuhrwaren vermindert wird.

Der „Urwaldzepp“.

23 129 vor seiner Vollendung.

dp Friedrichshafen, Ende August.

Aus einem Aufschuß der englischen Zeitung „Times“ hört man zum ersten Male von den neuen Verwendungsmodifikationen des Zeppelin-Luftschiffes, das jetzt in Friedrichshafen gebaut wird. Berliner Nachrichten bestätigen die englischen Angaben. Kein Zweifel also: LZ 129, das neue, vorläufig noch nicht fertiggestellte Luftschiff, wird im Dienste der Wissenschaft unermesslich große Aufgaben zu bewältigen haben.

Brasilien, jetzt das Ziel der regelmäßigen Südamerikafahrten, ist auf weiten Strecken mit Urwald bedeckt. In jenen Waldgebieten verschwanden vor neun Jahren der englische Forscher Oberst Jancett. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleiben führten bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis. Von Mund zu Mund pflanzte sich aber das Gerücht fort, daß der Forscher noch lebe — weit weg von jeder menschlichen Zivilisation. Die Legende erzählt von phantastisch reichen Städten, die mitten im Urwald liegen, von geschicht mit Waffen haushaltenden Zwergen, von weißen Indianern, von Del, Gold und kostbaren Steinen. Die Geheimnisse der „grünen Hölle“ Brasiliens sollen demnach mit Hilfe des neuen deutschen Zeppelin-Luftschiffes enthüllt werden.

So heißt es in den ausländischen Berichten. Das Luftschiff, das man jetzt in Friedrichshafen fertigstellt, ist zu einer wissenschaftlichen Forschungsreise allerdings sehr geeignet. Die Konstrukteure bauten den Luftkreuzer so, daß er sich beinahe unbeweglich in der Luft zu halten vermag. Es wird davon gesprochen, daß sich die Passagiere mit Hilfe einer besonderen Vorrichtung zur Erde herablassen können, ohne daß eine Landung notwendig wäre. Als Basis für jene Urwaldexpedition des neuen Zeppelin-Luftschiffes ist Rio de Janeiro auserkoren. Gerner beabsichtigt, sich seiner Aufgaben in drei großangelegten Flügen zu entledigen. Die Flüge werden von wissenschaftlichen Gesellschaften finanziert, außerdem von den großen Pressekonzernen und einigen Privatpersonen. Die brasilianische Regierung soll nur die Bedingung gestellt haben, daß sich an den Forschungsfällen neben den Wissenschaftlern auch brasilianische Generalsaboffiziere beteiligten. Außerdem wünscht Brasilien natürlich auch eine Einsichtnahme in das gesammelte wissenschaftliche Material. Die große Urwaldfahrt wird erst im August 1935 oder erst 1936 angetreten werden können. Dann erst steht die große Zeppellinfahrt in Rio de Janeiro fest und fertig da. Dann erst vermag Gerner die Verantwortung für ein Unternehmen zu tragen, das immerhin über ein nahezu völlig unerforschtes Gebiet von 28 000 Kilometern führen wird.

Das „Urwaldluftschiff“ liegt jetzt noch unvollendet in der riesigen Halle zu Friedrichshafen. Besucher haben jederzeit freien Eintritt in die Zeppellinhalle. Der Nichttechniker, der zum erstenmal den gewaltigen Raum betritt, steht verwirrt vor den bläulichen Metallverkleidungen, die sich nach der Höhe hin wie dünnes Filigranwerk verlieren. Im Rohbau ist LZ 129 so gut wie fertiggestellt. Die Umrisse des neuen, sehr gedrungenen Luftschiffes lassen sich ohne weiteres erkennen. Vorn, unter einem Wirrwarr von vernieteten Metallröhren, die Führergondel. Im Innern des Luftschiffes die vorgesehenen Passagierräume, die in einzelne Kammern zerfallen. Vom Dachstuhl der ungeheuren Halle erschallen laute Rufe. Arbeiter und Monteure sind gerade damit beschäftigt, eine der Traggaszellen in den Zeppellinhallen einzusetzen. Scharf, wie ein gasenleerter Ballon, hängen die Traggaszellen innerhalb des Filigranwerks. In schwindelnder Höhe klettert die Monteure auf ihren Gerüsten herum, hämmern und klopfen, ziehen und drosseln. Erst wenn man kurz zuvor nebenan in der Halle den „Graf Zeppelin“ in Augenschein genommen hat, kann man überhaupt das technische Wunder beurteilen, das sich hier vollzieht.

Der „Graf Zeppelin“, gebündelt in seiner Halle, ist schon ein Erlebnis eigener Art. Biebel mehr wird wider der neue Zeppellinhalle die Welt in Erstaunen setzen. Der Schiffkörper mit 190 000 Kubikmeter Rauminhalt übertrifft bei weitem den brüderlichen „Graf Zeppelin“. Mit 248 Meter Länge wird das

Achtung!

Saarabstimmungsberechtigte!

Stichtag am 31. August.

Vor dem 31. August 1934 müssen die Anträge auf Eintragung in die Listen der Saar-Abstimmungsberechtigten bei den zuständigen Gemeindevorständen im Saargebiet gestellt werden. Ohne besonderen Antrag, der für jede Person einzeln gestellt werden muß, wird niemand in die Stimmlisten eingetragen werden. Antragsformulare können von der Ortsgruppe der Saardemokraten und von der Geschäftsstelle des Saardemokraten, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42 (Telephon Bergmann 3243) angefordert werden. Diese Stellen erteilen auch jede Auskunft in Abstimmungsfragen.

den richtigen Weg

Schülerin Mathilde Püttmann
 teil. — 8,30 Uhr Seelenamt in St. Georg. Aufstellung
 vor der Kommunionbank. Darauf Begräbnis vom St.
 Agnes-Hospital aus. (8639)

七

ausführt, die ver-
liche Arbeitsbes-
zunächst erfaßte
eine Umschik-
tung